

Katrin Steffen

NEUE GESELLSCHAFT AUF NEUEM TERRAIN:
DESINTEGRATIVE UND INTEGRATIVE FAKTOREN
IN DER WOJEWODSCHAFT SZCZECIN 1945-1956

Als der Generalbevollmächtigte für die „Wiedergewonnenen Gebiete“, Edward Ochab, im Juni 1945 in einem Memorandum verkündete, der natürliche Reichtum dieser Gebiete solle so schnell wie möglich „als Speicher und aktives Bergwerk“¹ für das durch den Krieg zerstörte Zentrum des Landes nutzbar gemacht werden, meinte er damit hauptsächlich die Landwirtschaft im ehemaligen Hinterpommern, der späteren Wojewodschaft Szczecin, sowie die Kohleindustrie in Schlesien. Mit dem proklamierten Wiederaufbau des Zentrums sollte eine konsequente Polonisierung an der Peripherie einhergehen und – möglichst zuvor oder zumindest gleichzeitig – ihre ebenso konsequente so genannte Entdeutschung.² Vor allem während des Zweiten Weltkriegs war die Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung nicht nur in Polen, sondern auch in der Tschechoslowakei und in weiteren Ländern Osteuropas, in denen seit Jahrhunderten Deutsche gelebt hatten, nun aber wegen der Okkupations- und Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg nicht mehr erwünscht waren, zu einem Leitprinzip geworden, mit dem die Alliierten übereinstimmten.³ Je stärker zudem die Sowjetunion im polnischen Fall darauf beharrte, sich Ostpolen einzuverleiben, desto vehementer strebte Polen nach einer „Kompensation von den Deutschen im Westen“.⁴ Vom Westbüro des polnischen Untergrundstaats war in diesem Sinne bereits 1942 „eine sofortige, möglichst massive, radikale und rücksichtslose Einleitung einer planmäßigen Entdeutschungsaktion“ gefordert worden.⁵ Durch die

¹ Archiwum Akt Nowych [Archiv Neuer Akten, AAN], Ministerstwo Administracji Publicznej [Ministerium der Öffentlichen Verwaltung, MAP] 2473: Urząd Pełnomocnika generalnego dla Ziemi Odzyskanych: Memorial w sprawie jednolitego zarządu ziem odzyskanych [Amt des Generalbevollmächtigten für die Wiedergewonnenen Gebiete: Denkschrift in der Frage einer einheitlichen Verwaltung der wiedergewonnenen Gebiete], 19. Juni 1945.

² Siehe z. B. *Borodziej, Włodzimierz/Lemberg, Hans* (Hgg.): „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...“ Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven. Bd. 1: Zentrale Behörden. Wojewodschaft Allenstein. Marburg 2000, 158 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas 4/1).

³ *Naimark, Norman*: Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. München 2004, 139. – Auch *Judi, Tony*: Geschichte Europas. Von 1945 bis zur Gegenwart. München, Wien 2006, 42. – *Ther, Philipp*: Ein Jahrhundert der Vertreibung. Die Ursachen von ethnischen Säuberungen im 20. Jahrhundert. In: *Melville, Ralph/Pešek, Jiří/Scharf, Claus* (Hgg.): Zwangsmigrationen im Mittleren und östlichen Europa. Völkerrecht – Konzeptionen – Praxis (1938-1950). Mainz 2007, 19-37, hier 35 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Beiheft 69).

⁴ *Naimark*: Flammender Haß 156 (vgl. Anm. 3).

⁵ Wytuczne programu politycznego w odniesieniu do ziem nowych [Richtlinien des politi-

Kriegsereignisse sowie die deutsche Kapitulation wurde die Realisierung solcher Visionen ermöglicht und durch die Potsdamer Beschlüsse sanktioniert.

In der Folge standen nach 1945 schnell Wissenschaftler aus der Vorkriegszeit bereit, um diese Gedanken fortzuführen und die notwendige Legitimation sowie Pläne für die Besiedlung der Nord- und Westgebiete zu liefern. Der in der Bevölkerungspolitik bereits aus der Zwischenkriegszeit erfahrene Direktor des „Büros für Ansiedlungs- und Umsiedlungsstudien“ (Biuro Studiów Osadniczo-Przemiesleńczych), einer Art think tank für die Besiedlung der neuen Gebiete, Rajmund Buławski, sah 1945 die wichtigste Aufgabe der polnischen Gesellschaft in der

[...] Schaffung einer lebenden Mauer aus dem nationalen Element an der künftigen polnisch-deutschen Grenze, die nicht den destruktiven Einflüssen des Nachbarn unterliegt, die den Wiedergewonnenen Gebieten ein entschieden polnisches Antlitz gibt und die sich sowohl in Friedenszeiten als auch während Kriegswirren jeglichen feindlichen Gelüsten unseres westlichen Nachbarn entgegenstellt.⁶

Für die alteingesessenen Deutschen war nach solchen Überlegungen vor allem an der Grenze kein Platz mehr und die Methode, um dieses Ziel zu realisieren, war klar: Sie sollten so schnell wie möglich vertrieben werden, um erstens vollendete Tatsachen zu schaffen und zweitens den nach teilweise wochenlangen Transporten entkräfteten und demoralisierten Polen aus dem Osten ein Dach über dem Kopf zu verschaffen.⁷

In diesem Sinne hatte die polnische Armee im Juni 1945, bereits vor Abschluss des Potsdamer Abkommens, begonnen, die deutsche Bevölkerung aus den Grenzkreisen des ehemaligen Hinterpommern, das nun als offizielle Bezeichnung den Namen „Bezirk Westpommern“ (Okrag Zachodniopomorski) und ab 1946 „Województwo Szczecin“ (Województwo Szczecin) trug, zu vertreiben. Wie viele Menschen dieses Gebiet im Zuge der Militäraussiedlung Hals über Kopf verlassen mussten, ist nicht eindeutig zu beziffern. Wie es in einem Inspektionsbericht der 12. Infanteriedivision hieß, die die Vertreibung der deutschen Bevölkerung in einem Gebietsstreifen durchführte, der sich bis zu 150 Kilometer nach Osten erstreckte, wurden von ihr etwa 193 000 Menschen ausgesiedelt. Addiert man die von der 5. Infanteriedivision ebenfalls aus dem Bezirk Westpommern Ausgesiedelten (177 348), ergibt sich eine Zahl

schen Programms in Bezug auf die neuen Gebiete]. Zitiert nach *Krzoska*, Markus: Für ein Polen an Oder und Ostsee. Zygmunt Wojciechowski (1900-1955) als Historiker und Publizist. Osnabrück 2003, 316 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 8). – Zur Entstehung des Westbüros und den dort entwickelten Plänen auch *Dymarski*, Mirosław: Ziemie postulowane (ziemie nowe) w prognozach i działaniach polskiego ruchu oporu 1939-1945 [Die postulierten (neuen) Gebiete in den Prognosen und Aktivitäten der polnischen Widerstandsbewegung 1939-1945]. Wrocław 1997, 49-52.

⁶ Zitiert nach *Esch*, Michael G.: „Gesunde Verhältnisse“. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939-1950. Marburg 1998, 72 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung 2).

⁷ *Borodziej/Lemberg*: Einleitung. In: *Dies.* (Hgg.): Unsere Heimat. Bd. 1, 37-114, hier 55-73 (vgl. Anm. 2). – Siehe insbesondere auch die Dokumentensammlung: Umsiedlung der Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten nach Polen in den Jahren 1944-1947. Hg. von Stanisław *Ciesielski*. Marburg, Wrocław 2006 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas 6).

von etwa 370000.⁸ Da davon auszugehen ist, dass das Militär überhöhte Zahlen nannte, um die Effektivität seines Handelns zu unterstreichen, dürfte diese Zahl für den Bezirk Westpommern allein zu hoch gewesen sein.⁹ Auf diese Weise sollte, so jedenfalls die offizielle Propaganda, schnell Raum für die Neusiedler aus den Gebieten geschaffen werden, die Polen an die Sowjetunion abtreten musste. Vor allem aus diesen Neusiedlern, die neben den Siedlern aus Zentralpolen schnell zu Pionieren, Märtyrern und wahren nationalen Helden stilisiert wurden, sollte eine neue polnische Gesellschaft entstehen.¹⁰

Um die neuen Gebiete zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des ganzen Landes in seinen neuen Grenzen nutzen zu können, hatte die Konsolidierung der Verhältnisse und die Schaffung einer intakten Gesellschaft Priorität. Von diesem Ziel war man 1945 aber noch weit entfernt: Nach den Demoralisierungen und traumatischen Erlebnissen des Krieges, den materiellen Zerstörungen und den sowjetischen Reparationsforderungen, die die Industrie und Landwirtschaft in Pommern vielerorts zum Erliegen gebracht hatten,¹¹ hatte die polnische Staatsmacht dort – in einem Gebiet, in

⁸ Vgl. Centralne Archiwum Wojskowe [Zentrales Militärarchiv] III-5.257, 283-284: Główny Zarząd Polityczny-Wych. Wojska Polskiego [Hauptverwaltung für politische Erziehung des polnischen Militärs]: Raport z inspekcji 12 DP odbytej w dniach od 9. do 18. lipca 1945 [Bericht von der Inspektion der 12. Infanteriedivision in den Tagen vom 9. bis 18. Juli 1945]. – Diese Zahl wurde von einigen polnischen Wissenschaftlern als zu hoch eingeschätzt, von anderen jedoch bestätigt. Vgl. Kersten, Krystyna: Polskie osadnictwo wojskowe w 1945 roku. Próba charakterystyki [Die polnische Militärsiedlung im Jahr 1945. Versuch einer Charakteristik]. In: Przegląd Historyczny 55 (1964) 640-659, hier 646-648. – Siehe auch Borodziej/Lemberg: Einleitung 67-73 (vgl. Anm. 7).

⁹ Nitschke, Bernadetta: Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949. München 2003, 185 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im Östlichen Europa 20).

¹⁰ Siehe z. B. den Artikel aus dem Zentralorgan der Polnischen Sozialistischen Partei (Polska Partia Socjalistyczna, PPS): „Witamy Was serdecznie, rodacy. Jak wygląda prawda ...“ [Herzlich willkommen, Landsleute. Wie die Wahrheit aussieht ...]. In: Robotnik vom 10. 9. 1945, 1. Darin heißt es euphemistisch, dass alle Polen aus Ostpolen, wo sie zwangsweise festgehalten würden, in die Heimat zurückkehren wollten und die heldenhaften Neusiedler für die Zustände in den neuen Gebieten, die durchaus als kritisch beschrieben werden, nicht verantwortlich gemacht werden könnten. – Dazu auch Tomczak, Maria: Obraz osadników w prasie i publicystyce polskiej [Das Bild der Ansiedler in der polnischen Presse und Publizistik]. In: Sakson, Andrzej (Hg.): Ziemie Odzyskane/Ziemie Zachodnie i Północne 1945-2005. 60 lat w granicach państwa polskiego [Die Wiedergewonnenen Gebiete/Die West- und Nordgebiete. 60 Jahre in den Grenzen des polnischen Staates]. Poznań 2006, 45-58 (Ziemie Zachodnie 23).

¹¹ Zu diesem Komplex: Łach, Stanisław (Hg.): Ziemie odzyskane pod administracją radziecką po II wojnie światowej. Materiały z konferencji [Die Wiedergewonnenen Gebiete unter sowjetischer Militärverwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg. Konferenzmaterialien]. Słupsk 2000. – Siehe auch den Quellenband: Źródła do dziejów Pomorza Zachodniego. Tom 10/11: Administracja polska a Armia Czerwona na Pomorzu Zachodnim w latach 1945-1948. [Quellen zur Geschichte Pommerns. Band 10/11: Die polnische Verwaltung und die Rote Armee in Pommern 1945-1948]. Hg. von Andrzej Wojtaszek. Szczecin 2001. – Siehe auch Techman, Ryszard: Armia radziecka w gospodarce morskiej Pomorza Zachodniego w latach 1945-1956 [Die sowjetische Armee in der Meereswirtschaft von Pommern 1945-1956]. Poznań 2003. – Golon, Mirosław: Polityka radzieckich władz wojskowych i policyjnych na Pomorzu Nadwiślańskim w latach 1945-1947 [Die Politik der sowjetischen

dem vor dem Krieg außer Saisonarbeitern so gut wie gar keine Polen gelebt hatten¹² –, einen schwachen Stand. Nun sollte sie eine Gesellschaft schaffen, die in sozioökonomischer Hinsicht möglichst reibungslos funktionieren und zugleich für das nationalkommunistische System instrumentalisiert werden konnte. Denn den neuen Westgebieten wurde die Aufgabe zugesprochen, als Bindeglied zwischen der Nation und dem System zu fungieren.¹³ In einer großangelegten Propagandakampagne wurde dazu die Botschaft vermittelt, dass die neue Westgrenze an Oder und Neiße von der Unterstützung der Sowjetunion abhängig sei, wodurch die Westverschiebung Polens und der Erhalt der neuen Gebiete an die Bedingung der Machtübernahme durch die Kommunisten geknüpft wurden.

Ob und wie diese Verbindung in der Wojewodschaft Szczecin bis 1956 gelang, ist eine Frage, die nicht eindimensional oder eindeutig beantwortet werden kann. In der Literatur wird einerseits darauf verwiesen, dass die Leistungen, die erbracht werden mussten, um die Gesellschaft insgesamt zu integrieren und für den Einzelnen Stabilität zu erreichen, angesichts der schwierigen Ausgangslage groß gewesen seien.¹⁴ Andererseits wird argumentiert, dass vor allem die Zwangsmigranten aus Ostpolen lange keine Bindung an das Territorium und den Staat aufgebaut hätten. Das Gefühl von Zeitweiligkeit sei nie ganz verschwunden, ebenso wenig wie eine prinzipielle Unzufriedenheit mit dem System und eine damit einhergehende passive Haltung großer Teile der Gesellschaft. Angesichts der unzureichenden Neubeheimatung wurde auch beobachtet, dass in der Nachkriegszeit gewisse Selbsthilfefähigkeiten verkümmerten bzw. phasenweise gelähmt waren, bevor ganz allmählich neue Netzwerke entstehen konnten.¹⁵

Ohne diese Frage hier für die gesamte Zeit der Volksrepublik Polen (Polska Rzeczpospolita Ludowa, PRL) klären zu können, soll im Folgenden gezeigt werden, dass unmittelbar nach dem Krieg desintegrative Faktoren für die disparate Gesellschaft in der Wojewodschaft Szczecin eine größere Rolle spielten als integra-

Militär- und Polizeiverwaltung in Pomerellen 1945-1947]. Toruń 2001. – Zur Politik der Sowjetunion auch Steffen, Katrin: Wojewodschaft Stettin. In: *Borodziej/Lemberg* (Hgg.): *Unsere Heimat*. Bd. 3: Wojewodschaft Posen. Wojewodschaft Stettin (Hinterpommern). Marburg 2004, 269-642, hier 270-344 (vgl. Anm. 2).

¹² Siehe dazu und vor allem zu den Versuchen nach 1945, eine polnische Bevölkerung Stettins zu „erfinden“, um die These zu stützen, die Polen seien nach Stettin zurückgekehrt: *Włodarczyk*, Edward: *Próba krytycznego spojrzenia na dzieje Polonii Szczecińskiej do 1939 roku* [Versuch einer kritischen Betrachtung der Geschichte der Polen in Stettin vor 1939]. In: *Giedroyc*, Marzenna/*Mieczkowski*, Janusz (Hgg.): *Pomerania Ethnica. Mniejszości narodowe i etniczne na Pomorzu Zachodnim* [Nationale und ethnische Minderheiten in Pommern]. Szczecin 1998, 37-42.

¹³ *Polski Dziki Zachód* [Der polnische Wilde Westen] (Gespräch mit Stanisław *Jankowiak*, Czesław *Osekowski* und Włodzimierz *Suleja*). In: *Biuletyn Instytutu Pamięci Narodowej* 9-10 (2005) 4-27, hier 9.

¹⁴ *Osekowski*, Czesław: *Barriere integracji społecznej na Pomorzu Zachodnim w latach 1945-1956* [Barrieren der gesellschaftlichen Integration in Pommern 1945-1956]. In: *Giedroyc/Mieczkowski* (Hgg.): *Pomerania Ethnica* 71-78, hier 74 (vgl. Anm. 12).

¹⁵ *Dröge*, Kurt: *Kulturwissenschaft im polnischen Pommern: ein Perspektivenwechsel?* In: *Weber*, Matthias (Hg.): *Deutschlands Osten – Polens Westen. Vergleichende Studien zur geschichtlichen Landeskunde*. Frankfurt a. M. 2001, 237-252, hier 239.

tive. Damit sind Vergesellschaftungsprozesse gemeint, die integrierend auf tatsächlich alle Menschen hätten wirken sollen, die in der Wojewodschaft lebten. Sie stehen daher auch im Vordergrund der folgenden Ausführungen, wobei vor allem auf die Bevölkerungsverhältnisse und die polnische Nationalitäten- und Bevölkerungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg eingegangen werden soll. Diese sah vor, aus Polen einen einheitlichen Nationalstaat zu formen und sich zu diesem Zweck der Minderheiten weitgehend zu entledigen oder sie zumindest, wie zum Beispiel im Falle der Ukrainer, als Minderheit aufzuspalten und somit als potenziellen Störfaktor für die Machthaber zu pazifizieren.¹⁶ In den neuen Nord- und Westgebieten hatte dabei prinzipiell der Staat den größten Einfluss auf politische, ökonomische, kulturelle und auch gesellschaftliche Prozesse, die er von Anfang an zu steuern bemüht war. Nach kurzer Zeit wurden diese staatlichen Strukturen nur noch von einer einzigen politischen Kraft dominiert, der Polnischen Arbeiterpartei (Polska Partia Robotnicza, PPR), die somit ein Monopol auf die Beeinflussung der innenpolitischen Prozesse besaß und auch die Bevölkerungspolitik bestimmte.¹⁷ In den unmittelbaren Nachkriegsjahren entwickelten sich zwar Dynamiken, auf die die damals noch nicht gefestigten staatlichen Strukturen nur wenig Einfluss nehmen konnten; aber diese Handlungsspielräume verengten sich rasch, ein System zunehmender Kontrolle und Repression wurde etabliert, in dem die persönliche Freiheit des Einzelnen jederzeit eingeschränkt werden konnte bzw. permanent verletzt wurde – bis 1956 konnte jeder unter einem noch so geringen Vorwand verhaftet werden.¹⁸

Diese Kontrolle erstreckte sich auf alle Migrationsprozesse: Sie wurden zentral angeordnet, ihr Ablauf wurde gesteuert, Migration aber auch verhindert. So war zum Beispiel Deutschen die Binnenmigration untersagt, alleinstehende einheimische Frauen durften nicht ausreisen.¹⁹ Im Rahmen einer staatlich gelenkten, national orientierten Bevölkerungspolitik wurde Migration einerseits als Weg verstanden, Konflikte zwischen Nationen zu lösen – durch Umsiedlung oder Vertreibung. Zum anderen stand hinter Migration als Mittel der Politik die Idee, solche Spannungen durch die zwangsweise Anbindung von Teilen der Bevölkerung an eine Gesellschaft oder ein bestimmtes Gebiet zu befrieden. Damit stellte die gelenkte Migration nicht zuletzt einen Versuch der Machthaber dar, die Gesellschaft so zu formen, dass sie ihren Vorstellungen und politischen Zielen entsprach und der Sicherung ihrer Macht diene.

Eine neue und disparate Gesellschaft

Die Gesellschaft im Gebiet der späteren Wojewodschaft Szczecin war in den unmittelbaren Nachkriegsmonaten und -jahren heterogen, neu zusammengesetzt und

¹⁶ Siehe dazu *Mieczkowski, Janusz: Żydzi, Niemcy i Ukraińcy na Pomorzu Zachodnim w latach 1945-1956. Liczba, położenie i działalność polityczna* [Juden, Deutsche und Ukrainer in Pommern 1945-1956. Anzahl, Lage und politische Tätigkeit]. Szczecin 1994, 31-42.

¹⁷ *Osepkowski: Bariery integracji* 72 (vgl. Anm. 14).

¹⁸ *Ebenda* 75.

¹⁹ Siehe zum Beispiel *Steffen: Wojewodschaft Stettin, Dokument Nr. 237* (vgl. Anm. 11).

instabil, bevor sie sich zunächst durch Zwangsmigration, später dann unter anderem durch erzwungene oder freiwillige nationale und soziale Anpassungs- und Transferprozesse national und sozial homogenisierte. Sie setzte sich aus unterschiedlichen Gruppen von Alteingesessenen, Neusiedlern und Zwangsumgesiedelten zusammen. Sehr viele dieser Menschen befanden sich dabei an einem anderen Ort als dem, der vor oder während des Zweiten Weltkriegs ihr Wohnort gewesen war, was auch für viele Deutsche, Flüchtlinge aus anderen Teilen Polens oder bereits innerhalb der Wojewodschaft Umgesiedelte galt.

1945 lebten im Bezirk Westpommern noch mindestens 500 000 Deutsche. Sie konzentrierten sich in Szczecin und in den östlichen Kreisen des Bezirkes wie Słupsk (Stolp), Slawno (Schlawe), Koszalin (Köslin) und Białogard (Belgard), wo sie 1945 und auch noch 1946 vielerorts die Mehrheitsbevölkerung stellten, bevor ihre Zahl nach offizieller Statistik bis 1950 auf 30 000 reduziert wurde.²⁰ Ebenfalls alteingesessenen waren die so genannten Autochthonen bzw. die einheimische Bevölkerung,²¹ deren nationale Identifizierung nicht immer eindeutig war. Im Falle der Wojewodschaft Szczecin handelte es sich bei ihnen vor allem um die Kaschuben in den östlichen Landesteilen sowie die so genannten Slowinzen, die ein eng begrenztes Gebiet im Kreis Słupsk um den Gardno-See und den Lebasee bewohnten – eine der ältesten kaschubischen Siedlungen überhaupt.²² Hinzu kam im Kreis Złotów (Flatow), der vor dem Zweiten Weltkrieg zur Grenzmark Posen-Westpreußen gehört hatte, die polnischsprachige einheimische Bevölkerungsgruppe der Krajniacy. 1949 lebten noch etwa 21 000 Einheimische auf dem Gebiet der Wojewodschaft Szczecin.²³

Auch die neu hinzuziehenden Polen stellten eine sehr heterogene Gruppe dar, ihre sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Herkunftsmilieus waren alles andere als einheitlich.²⁴ Aufgrund großer Unterschiede in den Stimmungen und Gewohnheiten der Menschen war es nicht einfach, aus ihnen eine Gemeinschaft zu formen.²⁵ Sie waren entweder aus Ostpolen vertrieben worden oder kamen aus Zentralpolen, im Falle Szczecins vielfach aus dem Raum Poznań (Posen), und hofften in den von der

²⁰ Vgl. *ebenda* 276 und 341-344.

²¹ In Anlehnung an den polnischen Begriff der „*ludność rodzima*“ wird hier von „einheimischer Bevölkerung“ statt von „autochthoner Bevölkerung“ gesprochen, da letztere Bezeichnung nach dem Krieg in Polen nicht ohne ideologische Aufladung verwendet wurde. Denn dieser Begriff, in den polnischen Dokumenten oft auch als „autochthone Polen“ (*Polacy-autochtoni*) verwendet, suggerierte, es handle sich zweifelsfrei um Polen. Da ihre nationale Identifikation aber keineswegs immer eindeutig war und sie sich zuweilen in erster Linie als Kaschuben, Masuren oder Schlesier verstanden, wird dieser Begriff hier vermieden.

²² Vgl. *Rybicki*, Hieronim: *Nazywano ich Słowińcami* [Sie wurden Slowinzen genannt]. Słupsk 1995, 61. – Vgl. auch Dokumente Nr. 219 und 222 in *Steffen*: Wojewodschaft Stettin (vgl. Anm. 11).

²³ Vgl. AAN, MAP 132, 2: *Sprawozdanie sytuacyjne wojewody szczecińskiego za I kwartał 1949* [Lagebericht des Stettiner Wojewoden für das 1. Quartal 1949].

²⁴ *Dröge*: *Kulturwissenschaft im polnischen Pommern* 239 (vgl. Anm. 15).

²⁵ *Krasucki*, Eryk: *Losy dwóch miast* [Das Schicksal zweier Städte]. In: *Biuletyn Instytutu Pamięci Narodowej* 9-10 (2005) 45-53, hier 47.

Propaganda zum „gelobten Land“ erhobenen neuen Gebieten auf einen schnellen beruflichen und sozialen Aufstieg. Manche der Zuwanderer suchten ihr Glück im „szaber“,²⁶ das heißt im Plündern verlassener Gebäude, woran sich viele Frauen und auch Deutsche beteiligten.

Dass sich die Bevölkerung in den neuen Nord- und Westgebieten, also auch im ehemaligen Hinterpommern, überwiegend aus ebenfalls vertriebenen Ostpolen zusammensetzte, ist vor allem ein Mythos mit ideologisiertem Hintergrund. Denn so ließ sich bei Kriegsende trefflich legitimieren, dass diese Gebiete polnisch werden müssten – de facto aber kamen die Neusiedler überwiegend aus Zentralpolen. In das Gebiet des ehemaligen Ostpommern zwischen den Flüssen Rega und Leba, der Ostsee und Netze waren von den nach dem März 1945 Neuangesiedelten 73 Prozent Neusiedler aus rein polnischen Bezirken, besonders aus der Umgebung von Bydgoszcz (Bromberg), Poznań, Gniezno (Gnesen) und Kielce, während nur 23 Prozent aus den Gebieten stammten, die nun zur Sowjetunion gehörten – Zahlen, die deutlich belegen, dass die These, Polen habe diese Gebiete dringend benötigt, um seine eigenen Zwangsausgesiedelten dort unterzubringen, zumindest für dieses Gebiet nicht ganz zutreffend war.²⁷ Ähnlich verhält es sich mit den Zahlen für die Stadt Szczecin, in der nach Angaben aus dem Jahr 1947 ganze 62,8 Prozent der Neusiedler aus Zentralpolen stammten, nur 31 Prozent hingegen aus Ostpolen.²⁸

Zu diesem Mythos gesellte sich als weiterer Baustein der von den Machthabern vertretenen Integrationsideologie jener der angeblich urpolnischen Gebiete in Hinterpommern, in die die Polen nun zurückgekehrt seien. So hieß es in einer Publikation, die im Mai 1945 im Verlag des „Westinstituts“ (Instytut Zachodni) in Poznań angefertigt worden war, in pathetischen Worten:

Das sind also diejenigen [gemeint sind die Polen, die 1945 in den Bezirk Westpommern kamen, K.S.], die hierher gekommen sind, um die brutal unterdrückte Polonität dieses Landes wieder zum Leben zu erwecken; die hierher gekommen sind, um die sich entwickelnde Polonität zu

²⁶ Siehe dazu *Zaremba*, Marcin: Gorączka szabru [Der Rausch der Plünderung]. In: *Zagłada Żydów. Studia i Materiały* [Die Vernichtung der Juden. Studien und Materialien] 5 (2009) 193-220, der eine bestimmte Kultur des „szaber“ beschreibt. – Siehe auch *Czubiński*, Antoni: Polska i Pomorze Zachodnie w latach 1945-1995 [Polen und Pommern 1945-1995]. In: *Kozłowski*, Kazimierz (Hg.): *Pomorze Zachodnie – 50 lat w granicach Polski* [Pommern – seit 50 Jahren in den Grenzen Polens]. Szczecin 1996, 5-22, hier 8. – „Szaber“ bezeichnet die Plünderung von Dingen, die vom Eigentümer ohne entsprechenden Schutz zurückgelassen wurden, vor allem zu Kriegszeiten und danach, aber auch den Handel bzw. Tausch dieser Dinge. Vor allem an letzterem nahm auch die deutsche Bevölkerung in den Westgebieten teil, die meist materielle Güter gegen dringend benötigte Lebensmittel eintauschte. Am „szaber“ im Bezirk Westpommern beteiligten sich sowohl Staatsbedienstete und Militärangehörige als auch Ansiedler aus Zentralpolen und den Wojewodschaften Posen und Pommern, die teilweise eigens zum Zweck der persönlichen Bereicherung in den Bezirk Westpommern kamen. Siehe auch Dokument Nr. 155 in *Steffen*: Wojewodschaft Stettin (vgl. Anm. 11).

²⁷ *Raczkowski*, Wincenty: Ostpommern zwischen Zäsur und Kontinuität. Die wirtschaftliche Entwicklung Ostpommerns nach 1945. In: *Becker*, Bert/*Inachin*, Kyra T. (Hgg.): *Pommern zwischen Zäsur und Kontinuität: 1918, 1933, 1945, 1989*. Schwerin 1999, 283-305, hier 291.

²⁸ *Krasucki*: *Losy dwóch miast* 47 (vgl. Anm. 25).

bewachen; die hierher gekommen sind, um sich hier dauerhaft niederzulassen und dieses Land für immer für Polen zu erhalten. Ihre Arbeit und ihr Kampf gehören zu einer Geschichte, die man macht, nicht schreibt.²⁹

Und auch die Zeitschrift „Robotnik“ (Der Arbeiter) bewertete die nationale Stellung der Siedler entsprechend: „Denn sie sind ein kostbarer Schatz, die lebendigen Kräfte der Nation, das sind unsere Kolonisationskader.“³⁰

Entsprechend sollten die Neusiedler möglichst optimale Bedingungen vorfinden, um das Land besiedeln zu können. Zudem wurden hohe Erwartungen an die Neusiedler gerichtet, nicht selten vor allem an die bäuerliche Bevölkerung. So heißt es in einem zeitgenössischen Bericht:

Insgesamt sind die bäuerlichen Kolonisten unter dem Gesichtspunkt des staatlichen und des nationalen Interesses bedeutend wertvoller als die Mehrzahl der städtischen „Ansiedler“. Sie sind wirkliche Pioniere, und ich würde nicht zögern, sie als Helden und Märtyrer zu bezeichnen.³¹

Zwischen Propaganda und Wirklichkeit in den neuen Nord- und Westgebieten aber klaffte eine große Lücke.³² Denn die neue Bevölkerung fand zwar eine ländliche, überwiegend agrarisch strukturierte Kulturlandschaft vor, doch diese war ihr fremd und im übertragenen Sinne zunächst unzugänglich. Die Erschließung, Aneignung sowie rechtliche, physische und geistige Inbesitznahme dieser Kulturlandschaft gestaltete sich schwierig und folgte nicht der staatlichen und ideologischen Forderung, sie möglichst schnell und geräuschlos zu vollziehen.³³ Auf dem Land trafen die Neuansiedler überall auf größte Widrigkeiten, zum einen fehlte es an Vieh und anderen Nutztieren, zum anderen an technischem Gerät; denn wenn dieses nicht zerstört worden war, so hatte es die sowjetische Armee oftmals requiriert.³⁴ Darüber hinaus machte ein Berichterstatter darauf aufmerksam, dass das Gebiet des Stettiner Pommerns über sehr schlechte Böden verfüge. Die deutsche Bevölkerung habe diesen Boden vor allem dank des Einsatzes von Kunstdünger erfolgreich bewirtschaften können; dieser aber sei in Polen gänzlich unbekannt, was die Neuansiedler vor ungeheure Probleme stelle.³⁵

Die Neusiedler verteilten sich auf die gesamte Wojewodschaft, wobei sich diejenigen mit weniger ehrenhaften Absichten aus ersichtlichen Gründen eher in den Städten niederließen. Insgesamt kam die Mehrheit der Neusiedler aber aus ländlichen Regionen und besaß kaum nennenswerte Erfahrung mit städtischem Leben.

²⁹ *Mitkowski, Józef: Pomorze Zachodnie w stosunku do Polski* [Pommern im Verhältnis zu Polen]. Poznań 1946, 198. (Das Vorwort wurde schon am 24. Mai 1945 geschrieben).

³⁰ *Witamy Was serdecznie, rodacy* (vgl. Anm. 10).

³¹ *Steffen: Wojewodschaft Stettin*, Dokument Nr. 156, 383 (vgl. Anm. 11).

³² Vergleiche auch die Reportagen aus den Jahren 1945 und 1946 von *Osmańczyk, Edmund Jan: Był rok 1945 ...* [Es war das Jahr 1945 ...]. Warszawa 1970, hier 242. – Eine ausgezeichnete filmische Adaption dieser Kluft zwischen Anspruch und Realität ist Krzysztof Zanussis Film „Das Jahr der ruhigen Sonne“ von 1984, der die Verunsicherung und Sprachlosigkeit der neuen und alten Bewohner der Westgebiete ins Zentrum rückt.

³³ *Dröge: Kulturwissenschaft im polnischen Pommern* 239 (vgl. Anm. 15).

³⁴ *Steffen: Wojewodschaft Stettin*, Dokument Nr. 159 (vgl. Anm. 11).

³⁵ *Ebenda*, Dokument Nr. 156, 385.

Davon ausgenommen werden muss die Schicht der städtischen Elite, die aus Poznań stammte und sich der Neuorganisation vor allem der Stadt Szczecin annahm.³⁶ Daher trifft die immer aufs Neue wiederholte Behauptung, Szczecin sei eine Stadt mit ländlichem Charakter gewesen, nicht uneingeschränkt zu.³⁷

Außerdem wurde Szczecin – vor allem der ehemals deutsche Bezirk Niebuszewo (Zabslsdorf) – 1946 Anlaufpunkt für jüdische Ansiedler, sodass scither des Öfteren Jiddisch anstatt Deutsch auf den Straßen zu hören war. Jüdische Ansiedler kamen überwiegend aus der Sowjetunion, wohin sie während des Krieges geflohen oder deportiert worden waren, in die neuen West- und Nordgebiete. Oftmals waren ihre ehemaligen Wohnungen in Zentralpolen von Polen übernommen worden, was vor Ort zahlreiche Konflikte hervorgerufen hatte.³⁸ Aus Sicherheitserwägungen siedelten sie sich dann dort an, wo bereits viele andere Juden lebten – und dies war nach Niederschlesien, wohin sie zuerst gelenkt worden waren, nun Szczecin.³⁹ Im Juni 1946 lebten dort über 30000 Juden und stellten damit 40 Prozent der Bevölkerung der Stadt.⁴⁰ Sicherlich sahen viele von ihnen die so genannten Wiedergewonnenen Gebiete nur als Durchgangsstation auf dem Weg in die USA oder nach Palästina. Bis Mitte 1947 verließen rund 42000 Juden das Land über Szczecin,⁴¹ sodass im Juni 1949 noch 7000 Juden verblieben.⁴² Weitere Emigrationswellen folgten in den Jahren 1956 und 1957. Auch wenn die meisten Juden nicht dauerhaft blieben, entwickelte sich nach Kriegsende eine sehr lebendige jüdische Kultur in Szczecin. Das Jahr 1968 mit seiner antisemitischen Agitation markierte einen wichtigen Einschnitt, aber auch danach kam das jüdische Leben nicht gänzlich zum Erliegen: 1972 lebten noch etwa 1500 Juden in der Wojewodschaft.⁴³

³⁶ Vgl. *Musekamp*, Jan: Der Königsplatz (plac Żołnierza Polskiego) in Stettin als Beispiel kultureller Aneignung nach 1945. In: *Loew*, Peter Oliver/*Pletzing*, Christian/*Serrier*, Thomas (Hgg.): *Wiedergewonnene Geschichte. Zur Aneignung von Vergangenheit in den Zwischenräumen Mitteleuropas*. Wiesbaden 2006, 19-35, hier 21 (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt 22).

³⁷ *Krasucki*: *Losy dwóch miast* 47 (vgl. Anm. 25).

³⁸ Vgl. *Gross*, Jan T.: *Strach. Antysemityzm w Polsce tuż po wojnie* [Angst. Antisemitismus in Polen unmittelbar nach dem Krieg]. Kraków 2008.

³⁹ Vgl. *Esch*: *Gesunde Verhältnisse* 281 (vgl. Anm. 6).

⁴⁰ Die Zahl nach AAN, Ministerstwo Ziem Odzyskanych [Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete, MZO], 204, 88-91: *Sprawozdanie sytuacyjne wojewody szczecińskiego za sierpień 1946* [Lagebericht des Stettiner Wojewoden für August 1946].

⁴¹ Vgl. *Stankowski*, Albert: *Emigracja Żydów z Pomorza Zachodniego w latach 1945-1960* [Die Auswanderung der Juden aus Pommern 1945-1960]. In: *Grabski*, August/*Pisarski*, Maciej/*Stankowski*, Albert (Hgg.): *Studia z dziejów i kultury Żydów w Polsce po 1945 roku* [Studien zur Geschichte und Kultur der Juden in Polen nach 1945]. Warszawa 1997, 82-141, hier 121.

⁴² *Mieczkowski*: *Żydzi, Niemcy i Ukraińcy* 21 (vgl. Anm. 16).

⁴³ Siehe *ders.*: *Zarys dziejów szczecińskiego oddziału towarzystwa społeczno-kulturalnego Żydów w latach 1950-1989* [Abriss der Geschichte der Stettiner Abteilung der gesellschaftlich-kulturellen Gesellschaft der Juden 1950-1989]. In: *Kozłowski*, Kazimierz/*Mieczkowski*, Janusz (Hgg.): *Żydzi szczecińscy. Tradycja i współczesność* [Stettiner Juden. Tradition und Gegenwart]. Szczecin 2004, 53-74. – 2003 kam es infolgedessen zu einem ersten Treffen der Szczeciner Juden in der Stadt unter dem Titel „Mini-Reunion '68“, auf der u. a. die jüdische Band „Następcy Tronów“ (Die Thronfolger) auftrat, die sich 1962

Das Bevölkerungsmosaik in der Wojewodschaft Szczecin komplettierte die Ansiedlung von ungefähr 53 000 Ukrainern, die im Rahmen der so genannten Akcja Wisła (Aktion Weichsel) 1947 zwangsumgesiedelt wurden.⁴⁴

Die Betroffenen all dieser Umsiedlungs-, Ansiedlungs- und Vertreibungsaktionen wurden von der neuen Verwaltung auf jeweils spezifische Weise für bestimmte Zwecke instrumentalisiert. Dazu gehörte auch, mögliche Konflikte, die sich zwischen den Gruppen ergeben konnten, nicht etwa abzumildern, sondern zu schüren. Damit sollte anstatt Integration, die als gesamtgesellschaftlicher Prozess aller Bevölkerungsgruppen nicht gewollt war, Desintegration herbeigeführt werden. Auf diese Prozesse soll im Folgenden näher eingegangen werden.

Die Politik gegenüber der deutschen, jüdischen und einheimischen Bevölkerung

Unmittelbar nach Beendigung der Kriegshandlungen war die Lage der alteingesessenen Deutschen maßgeblich von der dramatischen medizinischen Versorgungslage und Ernährungssituation bestimmt, von der Unzulänglichkeit des eben erst entstehenden Verwaltungsapparats, dem Mangel an Arbeitskräften, der spezifischen Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung (Überalterung und Frauenüberschuss) sowie der allgegenwärtigen Repression durch Polen und Sowjets. Vor allem aber – und das ist ein sehr großer, wenn nicht der entscheidende Unterschied zu der Lage aller anderen das Gebiet bewohnenden Menschen, die ja ebenfalls unter Hunger und Krankheiten litten – waren den Deutschen die grundlegenden Bürgerrechte aberkannt worden. An vielen Orten, zum Beispiel in Złotów, war davon auch die einheimische Bevölkerung betroffen.⁴⁵ Daraus resultierte eine weitgehende Wehrlosigkeit gegenüber der allgemeinen Not und Bedrängnis. Zudem sprachen die meisten Deutschen nicht die Sprache der neuen Machthaber, was ein erhebliches Dissimulationskriterium darstellte. Allerdings sollte nicht vergessen werden, dass Deutsche in den neuen Gebieten zwar überwiegend, aber nicht ausschließlich passive Opfer waren. Zuweilen versuchten sie sich auch politisch oder anderweitig zu engagieren, besonders wenn sie vormals der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) oder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) angehört hatten. Aktivitäten dieser Art trafen allerdings auf ein grundsätzliches und nicht ganz unverständliches Misstrauen vieler Polen.⁴⁶

Die Politik der neuen Machthaber gegenüber den Deutschen folgte, sieht man von dem beständigen Versuch ab, sie zu stigmatisieren und vom Rest der Bevölkerung zu isolieren, keinen einheitlich vorgegebenen Richtlinien und konnte zunächst von

gegründet hatte und in Szczecin zahlreiche Anhänger fand. Vgl. dazu *Krasucki, Eryk*: *Następcy Tronów – żydowski bigbit ze Szczecina* [Die Thronfolger – jüdischer Bigbeat aus Stettin]. In: *Biuletyn Instytutu Pamięci Narodowej* 11 (2005) 61-69, hier 64 und 69.

⁴⁴ *Mieczkowski*: *Żydzi, Niemcy i Ukraińcy* 42 (vgl. Anm. 16). Diese Zahl stellt einen Annäherungswert dar.

⁴⁵ *Steffen*: *Wojewodschaft Stettin*, Dokument Nr. 208 (vgl. Anm. 11).

⁴⁶ Dazu besonders *Romanow, Zenon*: *Ludność niemiecka na ziemiach zachodnich i północnych w latach 1945-1947* [Die deutsche Bevölkerung in den West- und Nordgebieten 1945-1947]. *Ślupsk* 1992, 145. — *Steffen*: *Wojewodschaft Stettin* 302 f. (vgl. Anm. 11).

Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf, von Betrieb zu Betrieb variieren. Ein Beobachter aus dem Umkreis des Westinstituts in Poznań merkte 1945 an, das Vorgehen gegenüber den Deutschen erschöpfe sich darin, diese wirtschaftlich und physisch durch Hunger zu vernichten.⁴⁷

Zwar mögen die Deutschen zu dieser Zeit die vergleichsweise am stärksten integrierte Gruppe gewesen sein, weil sie am engsten mit dem Territorium verbunden waren und die Furcht vor den Polen und der sowjetischen Armee als zusätzlicher Integrationsfaktor wirkte,⁴⁸ doch in die sich konstituierende polnische Gesellschaft in den Nord- und Westgebieten waren sie kaum eingebunden. Darüber hinaus wurden sie in vierfacher Hinsicht von den neuen Machthabern politisch instrumentalisiert: Erstens dienten sie als Argument im politischen Kampf zwischen der PPR und der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL), die die kommunistischen Machthaber und das enge Bündnis mit der Sowjetunion kritisierte und nicht ohne Rückhalt in der Bevölkerung war. Um von den Vergehen der Sowjetunion abzulenken, betonten die Kommunisten die Verbrechen der deutschen Nationalsozialisten. Zweitens wurde die angeblich fortdauernde Gefahr eines erneuten deutschen Angriffs und die Notwendigkeit zur Verteidigung gegen die Deutschen beschworen, die nur mit Hilfe der Sowjetunion erfolgen könne. Aufgrund der Besatzungserfahrung entfalteten solche Propagandaszenarien in der polnischen Nachkriegsgesellschaft wohl stärkere Wirkung als etwa in der tschechischen. Drittens konnte an den Deutschen auch der Wunsch nach persönlicher Rache befriedigt werden. Und schließlich wirkte die Exklusion der Deutschen sowohl integrativ als auch systemstabilisierend: Die Propaganda rief alle Polen zum Zusammenhalt gegen die Deutschen auf und forderte, angesichts dieser notwendigen nationalen Einigung politische Differenzen hintanzustellen. So sollte die Isolierung und Vertreibung der Deutschen ausdrücklich der Schaffung des neuen Systems und vor allem dessen Akzeptanz dienen.⁴⁹

Um diese Ziele zu erreichen, mussten die alteingesessenen Deutschen vor ihrer Zwangsaussiedlung kollektiv stigmatisiert und isoliert werden.⁵⁰ Darüber hinaus sollte alles Deutsche aus dem öffentlichen Straßen- und Landschaftsbild verschwinden. Die Machthaber gingen davon aus, dass den Neusiedlern die Adaptierung und emotionale Bindung an die neue Heimat leichter gelingen würde, wenn sie dem deutschen Kulturerbe feindlich gegenüberstünden.⁵¹ Diejenigen lokalen Verwal-

⁴⁷ *Ebenda*, Dokument Nr. 156.

⁴⁸ So *Mieczkowski*: Żydzi, Niemcy i Ukraińcy 61 (vgl. Anm. 16).

⁴⁹ Diese vier Funktionen hat 1980 in Grundzügen festgehalten *Pasierb*, Bronisław: Funkcje problemu niemieckiego w pierwszym okresie Polski Ludowej [Die Funktion des deutschen Problems in der ersten Periode Volkspolens]. In: *Jałowiecki*, Bohdan/*Przewłocki*, Jan (Hgg.): *Stosunki polsko-niemieckie. Integracja i rozwój ziem zachodnich i północnych* [Die deutsch-polnischen Beziehungen. Integration und Entwicklung der West- und Nordgebiete]. Katowice 1980, 95-108.

⁵⁰ Auch *Abonen*, Pertii u. a.: *People on the Move. Forced Population Movements in Europe in the Second World War and its Aftermath*. Oxford, New York 2008, 137.

⁵¹ *Romanow*, Zenon: Kreowanie „polityki pamięci“ na Pomorzu Zachodnim w latach 1945-2000 [Die Schaffung einer „Gedächtnispolitik“ in Pommern 1945-2000]. Poznań 2002, 2 (*Zeszyty Instytutu Zachodniego* 24).

tungen, die bereits 1945 darum bemüht waren, die deutsche Bevölkerung so schnell wie möglich loszuwerden, versuchten zudem, die Lebensbedingungen der deutschen Bevölkerung in einem solchen Maße zu verschlechtern und sie so zu diskriminieren, dass sie – in der euphemistischen Sprache der Zeit – „freiwillig“ ausreisen würden.

In diesen Bemühungen wussten sich lokale Verwaltungsvertreter durchaus mit der Zentralverwaltung einig, hatte das „Ministerium für Öffentliche Verwaltung“ (Ministerstwo Administracji Publicznej, MAP) doch im August 1945 verkündet: „Man muss unter den Deutschen entsprechende Stimmungen in Richtung einer freiwilligen Ausreise schaffen und sich dann bemühen, diese Stimmungen auszunutzen.“⁵² In der Praxis hieß dies, Deutsche zur Zwangsarbeit heranzuziehen, es bedeutete Ausgeh- und Arbeitsverbote, den Zwang, Radioapparate abzugeben, Deutsche in eigenen Wohnbezirken zusammenzupferchen sowie ihre Lebensmittelversorgung gezielt zu verschlechtern. Daher sollte man diese Vorgänge nicht mit dem zeitgenössischen und höchst euphemistischen Terminus einer „freiwilligen Ausreise“, sondern eher als „Verdrängung“ oder „situativen Zwang“ bezeichnen. Denn wer nach Westen flüchtete, tat dies unter starkem polnischem Druck.⁵³

Einzelne Maßnahmen wurden dabei in einen kausalen Zusammenhang mit der Politik der deutschen Okkupationsverwaltung gebracht, die zum Teil explizit als Vorbild gelten sollte. So war aus dem „Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete“ (Ministerstwo Ziem Odzyskanych, MZO) zu vernehmen: „Muster für die Politik gegenüber den Deutschen muss man nicht lange suchen – die deutsche Okkupationsgesetzgebung in Polen liefert sie in hinreichendem Maße.“⁵⁴

Aus einzelnen Ortschaften wurde die deutsche Bevölkerung in dieser Zeit vor der Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse auch schlicht zwangsausgesiedelt: Aus einem Aussiedlungsplan der Stadt Słupsk geht hervor, dass Deutsche, die sich nicht registrieren ließen, erst zur Zwangsarbeit herangezogen und dann mit dem nächsten Transport außer Landes gebracht werden sollten. Die Lebensbedingungen derjenigen, die sich nicht zur Ausreise bereit erklärten, sollten so sehr verschlechtert werden, dass auch sie Polen „freiwillig“ verlassen würden.⁵⁵ Dieses Vorgehen wurde mit

⁵² Centralne Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych i Administracji [Zentralarchiv des Ministerium für Inneres und Verwaltung], MAP 19, 81 f.: Sprawozdanie organizacyjne MAP za miesiąc sierpień 1945 [Organisationsbericht des MAP für den August 1945]. – Siehe auch *Borodziej/Lemberg* (Hgg.): *Unsere Heimat*. Bd. 1, Dokument Nr. 30 (vgl. Anm. 2).

⁵³ Vgl. *Naimark*: *Flammender Haß* 159 (vgl. Anm. 3).

⁵⁴ Vgl. AAN, MZO 1674, 151-161: Obserwacje i wrażenia z podróży Poznań-Szczecin-Poznań, 27.8.1945 [Beobachtungen und Eindrücke von der Reise Posen-Stettin-Posen, 27.8.1945]. – Dieser ausführliche Bericht aus der Umbruchszeit des Jahres 1945 ist Dokument 156 in *Steffen*: *Wojewodschaft Stettin* (vgl. Anm. 11).

⁵⁵ Vgl. Archiwum Państwowe Szczecina [Staatliches Archiv Stettin, APS], Urząd Wojewódzki Szczeciński [Wojewodschaftsamt Stettin, UWS] 1099, 181-188, Plan wysiedlenia Niemców ze Słupska [Aussiedlungsplan für die Deutschen aus Stolp]. Dokument Nr. 154 in: *Steffen*: *Wojewodschaft Stettin* (vgl. Anm. 11). – Sowie APS UWS 907, Sprawozdanie sytuacyjne Pełnomocnika na obwód Słupsk za listopad 1945 [Situationsbericht des Bevollmächtigten für den Kreis Stolp für November 1945], 35. – Ausführlich beschrieben wird dieses Vorgehen bei *Pageł*, Karl-Heinz: *Der Landkreis Stolp in Pommern. Zeugnisse seiner*

verschiedenen Argumenten, die Ängste und Ressentiments schürten, unterfüttert. So hieß es, die ethnisch „fremden“ Deutschen würden Krankheiten übertragen, ihre Anwesenheit mindere das Selbstwertgefühl der Polen, sie seien „überflüssig“ und nähmen den Polen Wohnraum weg.⁵⁶

Die Stigmatisierung als „überflüssig“ wiederum nahm Bezug auf das Paradigma der Überbevölkerung, das bereits seit der Zwischenkriegszeit in mehreren europäischen Ländern dazu gedient hatte, unerwünschte „Fremde“ zu brandmarken bzw. ihre Emigration zu fordern. Dieses Paradigma der Überbevölkerung, das Menschen zu einer nahezu beliebigen Dispositionsmasse machte,⁵⁷ wurde von den Nationalsozialisten in ihrer Politik und Raumplanung bis aufs Äußerste radikalisiert. Aber auch in Polen hat es seinen Niederschlag gefunden. Vor dem Zweiten Weltkrieg war in Polen vor allem eine ländliche Überbevölkerung beklagt worden, wobei nicht selten die jüdische Bevölkerung als eigentliche Verursacherin des Problems angesehen wurde. Man machte sie dafür verantwortlich, dass die Menschen, die in der Landwirtschaft kein Auskommen mehr hatten, auch in anderen Bereichen wie dem Handel keine Beschäftigung finden konnten.⁵⁸ In der Nachkriegszeit wurde das Paradigma auf die Deutschen übertragen, denen vorgeworfen wurde, das Land zu monopolisieren, anstatt Platz für die Neusiedler zu machen, die angeblich alle aus dem Osten vertrieben worden waren.⁵⁹

Mit teilweise analogen Argumenten bezüglich der Konkurrenz um Wohnraum und Arbeit wurde die jüdische Ansiedlung in Szczecin von Seiten mancher Verwaltungsvertreter kritisiert. Schließlich galten die Juden weiterhin als „Fremde“ – nationalistische Vorstellungen aus der Vorkriegszeit lebten hier weiter. Das Ansiedlungskomitee (Komitet Osiedleńczy) in Szczecin warnte den Wojewoden im Mai 1946, die Wojewodschaft könnte wegen der umfangreichen jüdischen Ansiedlung unattraktiv für polnische Neusiedler werden.⁶⁰ Es wurde hier also davon ausgegangen, dass Juden, die ganz selbstverständlich nicht als Angehörige der polnischen Nation verstanden wurden, ebenso wie die Deutschen die Ansiedlung behindern könnten.

Zu einer Segregation und Konflikten teilweise handfester Natur zwischen jüdischen und nichtjüdischen Polen kam es bereits auf den Transporten aus der Sowjetunion in die neuen Gebiete. Ein Augenzeuge, ein Ingenieur, der sich selbst als „Repatriant“ aus der Sowjetunion und Mitglied der Polnischen Arbeiterpartei bezeichnete, berichtete zum Beispiel von seinem Transport, bei dem die nichtjüdischen Polen an ihren Waggon, in dem sie getrennt von den Juden saßen, von außen ein Heiligenbild genagelt und – um sich von den Juden abzugrenzen – auf den Waggon

deutschen Vergangenheit. Lübeck 1989, 352-355. Ihm zufolge soll ähnlich wie bei der Vertreibung durch das polnische Militär vorgegangen worden sein.

⁵⁶ Vgl. *Esch*: Gesunde Verhältnisse 127 (vgl. Anm. 6).

⁵⁷ Vgl. *ebenda* 83-127.

⁵⁸ Siehe dazu *Steffen*, Katrin: Jüdische Polonität. Ethnizität und Nation im Spiegel der polnischsprachigen jüdischen Presse 1918-1939. Göttingen 2004, 267-271 (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts 3).

⁵⁹ *Esch*: Gesunde Verhältnisse 83-127 (vgl. Anm. 6).

⁶⁰ *Mieczkowski*: *Zydzi, Niemcy i Ukraińcy* 46 (vgl. Anm. 16).

geschrieben hatten: „Hier fahren die wirklichen Polen“. ⁶¹ Zuvor bereits habe er antisemitische Agitation auf dem Transport bemerkt. Zwar äußerte sich dieser Augenzeuge empört über diese Vorfälle, aber sie zeigen doch, dass der Antisemitismus den Krieg überlebt, wenn nicht sogar verstärkt hatte. Er konnte nahtlos an das Vorkriegsstereotyp der so genannten Żydokomuna (Judenkommune) anknüpfen, das die Juden für das neue kommunistische System verantwortlich machte. Dies machte sich später in wachsenden Spannungen auch in Szczecin selbst bemerkbar, wo Juden blutigen antisemitischen Übergriffen ausgesetzt waren und zum Teil zu Tode kamen. ⁶²

Solche Überzeugungen fielen nicht allein unter den Ostpolen auf fruchtbaren Boden, die aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Sowjetunion der kommunistischen Idee und dem neuen System oft grundsätzlich feindlich gegenüberstanden. ⁶³ Zudem verschärfte die Konkurrenz um Arbeit und Wohnraum die an vielen Orten bereits angespannte Situation zwischen jüdischen und nichtjüdischen Zuwanderern. Andererseits zeugen Erinnerungen auch davon, dass sich viele Juden nach den Kriegsjahren, die sie vielfach in der Sowjetunion verbracht hatten, in Szczecin ausgesprochen wohl und vor allem auch sicher fühlten, sodass hier nicht von einem einheitlichen und eindeutigen Bild ausgegangen werden sollte. ⁶⁴

Immer wieder betonte die Verwaltung in Bezug auf die vermeintlich „Fremden“, dass die nichtjüdischen Neusiedler aus dem Osten vor allem hinsichtlich der Versorgung mit Wohnraum und Arbeit Priorität genießen müssten, da ja sie die Grundlage der neuen polnischen Gesellschaft bilden sollten. Als geeignete Mittel für die gesellschaftliche Transformation galten zunächst Stigmatisierung, Isolierung und Aussiedlung – und diese betrafen neben Deutschen und teilweise Juden auch die einheimische Bevölkerung. Ihre Lage in den Nachkriegsjahren war von einer undifferenzierten Behandlung durch die Machthaber geprägt. Als 1945 Soldaten der Roten Armee, polnische Verwaltungsbeamte und Neusiedler aus dem Osten und Zentralpolen in die neu errichteten Bezirk Westpommern kamen, vermuteten sie dort nur Deutsche, deren nationale und ethnische Zugehörigkeit keinem Zweifel unterlag. ⁶⁵ Dementsprechend wurden die Einheimischen in einer Zeit, in der die Nationalitätenpolitik nur zwischen schwarz und weiß zu unterscheiden vermochte, mit Unverständnis und Hochmut behandelt. Funktionäre der Sicherheitsdienste schika-

⁶¹ AAN, Gen. Pełnomocnik d/s Repatriacji [Der Generalbevollmächtigte für Repatriierungsangelegenheiten] 43, 245-246, Brief von Jerzy Borecki vom 9.5.1946.

⁶² Vgl. Kozłowski, Kazimierz: Pierwsze dziesięć lat władzy politycznej na Pomorzu Zachodnim (1945-1955) [Die ersten zehn Jahre politischer Macht in Pommern (1945-1955)]. Warszawa u. a. 1994, 76.

⁶³ So Graczyk, Roman: Drugie dno kresowej nostalgii [Die zweite Ebene der Kresy-Nostalgie]. In: Gazeta Wyborcza Nr. 185 vom 10.9.1994.

⁶⁴ Szczecinianie po latach (Relacje uczestników szczecińskiego zjazdu „Mini-Reunion '68”) [Stettiner nach einigen Jahren (Berichte der Teilnehmer des Kongresses „Mini-Reunion '68”). In: Kozłowski/Mieczkowski (Hgg.): Żydzi szczecińscy 171-185 (vgl. Anm. 42).

⁶⁵ Vgl. Rybicki, Hieronim: Pogranicze kaszubskie w czasach najnowszych jako przedmiot badań historyków [Das kaschubische Grenzland in der neuesten Zeit als Forschungsgegenstand der Historiker]. In: Ders. (Hg.): Pogranicze kaszubskie po II Wojnie Światowej [Das kaschubische Grenzland nach dem Zweiten Weltkrieg]. Słupsk 1993, 7-35, hier 26.

nierten die Bevölkerung, woraufhin sich viele enttäuscht und verbittert um die Ausreise bemühten.

Kaschuben und aus Ostpreußen geflüchtete Masuren wurden in der Wojewodschaft als „deutsche Fünfte Kolonne“ der Illoyalität verdächtigt und ausgeraubt, ihre Vermögenswerte zum Teil konfisziert.⁶⁶ Der Leiter des Staatlichen Repatriierungsamtes (Państwowy Urząd Repatriacyjny, PUR) in Bytów (Bütow) verkündete öffentlich, dass er alle Kaschuben in seinem Zuständigkeitsgebiet aus Polen hinauszuwerfen gedenke.⁶⁷ Der Polizeikommandant im Kreis Wałcz (Deutsch Krone) wiederum plante Hausdurchsuchungen bei den Einheimischen und, wie aus einem Bericht hervorgeht, kündigte mögliche Repressionen an:

[...] und wenn sich in den Häusern der Autochthonen auch nur ein Andachtsbild mit deutscher Aufschrift findet, so werde er im Einvernehmen mit dem Chef des Kreisamtes für Öffentliche Sicherheit, den er aus gemeinsamer Zeit bei den Partisanen persönlich kenne, die Autochthonen in solche Lager sperren, aus denen sie nicht mehr hinauskommen würden. Diese Ansprache des Kommandanten nahm die [...] zugewanderte Bevölkerung mit großer Zufriedenheit auf, die autochthone Bevölkerung empfand sie hingegen als eine unbegründete Drohung und Ankündigung von Schikanen und Provokationen ungerechter Repressionen.⁶⁸

Im Kreis Złotów verbrachten die Behörden viele Einheimische als Deutsche in das dortige Arbeitslager.⁶⁹kehrten sie zurück, so war ihr Besitz in der Regel bereits von polnischen Neusiedlern übernommen worden. Es schlossen sich Gerichtsverfahren an, die das ohnehin komplizierte Zusammenleben zwischen einheimischer und neu angesiedelter Bevölkerung nicht gerade einfacher machten. In anderen Fällen wie im Dorf Kluki wurden im Mai 1947 die Slowinzen einfach als Deutsche zwangsweise ausgesiedelt, sehr zur Freude der bereits dort lebenden Neusiedler, die auf deren Besitz ein Auge geworfen hatten.⁷⁰

In solchen Situationen wollten sich viele der Einheimischen nicht zu Polen bekennen – das aber war das eigentliche Ziel der polnischen Nationalitätenpolitik. Schon die Deutschen waren daran gescheitert, die einheimische Bevölkerung für ein abschließliches Bekenntnis zur deutschen Nationalität zu gewinnen; nun versuchten die polnischen Kommunisten es mit „Repolonisierungsprogrammen“, die die Einheimischen gegen ihren Willen dazu bringen sollten, die Frage ihrer nationalen

⁶⁶ Vgl. AAN, MZO, 999a, 311: Sprawozdanie Dep. Inspekcji MZO dot. wzajemnych stosunków ludności w Złotowie [Bericht der MZO-Inspektionsabteilung über die Beziehungen unter der Bevölkerung in Flatow], 27.10.1946. – Vgl. auch Dokument Nr. 219 in *Steffen: Wojewodschaft Stettin* (vgl. Anm. 11).

⁶⁷ Vgl. UWS 1172, 141: Pismo Wojewódzkiej Komisji Weryfikacyjnej UW Gdańskiego do Woj. Urzędu PUR w Sopocie [Schreiben der Wojewodschafts-Verifizierungskommission des Danziger Wojewodschaftsamtes an das PUR-Wojewodschaftsamt in Zoppot], 22.7.1946.

⁶⁸ Vgl. APS, UWS 1175, 51: Relacja S. Kosiora z Wydziału Społ.-Pol. UWS dla wojewody w sprawie ludności autochtonicznej w Korzycach, powiat Wałcz [Bericht S. Kosiors von der Gesellschaftspolitischen Abteilung des UWS für den Wojewoden bezüglich der autochthonen Bevölkerung in Koschütz, Kreis Deutsch Krone], 10.7.1948.

⁶⁹ Vgl. Dokument Nr. 208 in *Steffen: Wojewodschaft Stettin* (vgl. Anm. 11).

⁷⁰ Vgl. *Rybicki, Hieronim: Nazywano ich Słowińcami* [Sie wurden Slowinzen genannt]. Słupsk 1995, 61. – Vgl. auch die Dokumente Nr. 219 und 222 in *Steffen: Wojewodschaft Stettin* (vgl. Anm. 11).

Identität eindeutig zu beantworten. Diese undifferenzierte Nationalitätenpolitik, die das Ziel verfolgte, die Staatsbürgerschaft an die Nationalität zu binden, führte nicht zum Erfolg. So wurde im März 1948 vom Wojewodschaftsamt festgehalten, dass die Resultate der „Repolonisierungsmaßnahmen“ äußerst ernüchternd waren, und auch der Westmarkenverband (Polski Związek Zachodni) beklagte die geringe Anzahl von verifizierten Einheimischen.⁷¹

Die kommunistischen Machthaber wollten die Einheimischen für den polnischen Nationalstaat gewinnen und verurteilten jegliche regionale Eigenart als gefährliche Abweichung. Nach 1948 wurden die nationalen Argumente durch Argumente des Klassenkampfes ersetzt,⁷² die Einheimischen wurden nun eines falschen politischen Bewusstseins verdächtigt: Da sie ein Leben auf privaten Höfen dem auf den Staatsgütern vorzögen, das Genossenschaftswesen ablehnten und sich bereichern wollten, wurde ihnen Separatismus unterstellt und der Vorwurf erhoben, sie würden Neuansiedler abschrecken. Letztlich wurden sie auf eine Ebene mit den verfeimten „Kulaken“ gestellt.⁷³ Zudem war Deutsch Umgangssprache unter den Einheimischen. Da viele von ihnen die polnische Sprache nur unzureichend beherrschten, gestaltete sich das Zusammenleben mit der angesiedelten Bevölkerung nach wie vor schwierig.⁷⁴ Zwischen Deutschen und Einheimischen hingegen bestanden zahlreiche Kontakte. So vermittelten letztere den noch isolierteren Deutschen Nachrichten, und sie besuchten in Szczecin gemeinsam Gottesdienste zweier noch verbliebener deutscher Pastoren.⁷⁵

Die Politik gegenüber der einheimischen Bevölkerung muss bereits in einem sehr frühen Stadium als gescheitert angesehen werden. Diese Bevölkerungsgruppe war vom Beginn der polnischen Verwaltungshoheit an politisch und kulturell isoliert. Auf Wojewodschaftsebene war sie politisch überhaupt nicht vertreten, lokal war ihre politische Teilhabe außerordentlich gering.⁷⁶ Für die Einheimischen ist also sowohl ein Integrations-, als auch ein Partizipationsdefizit festzustellen. Die Kluft zwischen den Einheimischen und der sich neu formierenden polnischen Gesellschaft, die die-

⁷¹ Vgl. APS, UWS 1182, 2: Pismo naczelnika Wydziału Społ.-Pol. do naczelnika Wydziału Ogólnego [Schreiben des Leiters der Gesellschaftspolitischen Abteilung an den Leiter der Abteilung Allgemeines], 17.3.1948. – Sowie *ebenda* 97: Pismo Zarządu Okręgowego szczecińskiego PZZ do Wydz. Społ.-Pol. [Schreiben des Stettiner PZZ-Bezirksvorstands an die Gesellschaftspolitische Abteilung], 11.11.1947.

⁷² *Romanow*: Kreowanie 11 (vgl. Anm. 49).

⁷³ Vgl. AAN, MAP 134, 88: Sprawozdanie wojewody szczecińskiego za I kwartał 1950 [Bericht des Stettiner Wojewoden für das 1. Quartal 1950]. – Auch AAN, MAP 132, Bl. 19: Sprawozdanie kwartalne wojewody szcz. do MAP [Quartalsbericht des Stettiner Wojewoden für MAP], 1.6.1949. – Sowie Dokument Nr. 288 in *Steffen*: Wojewodschaft Stettin (vgl. Anm. 11).

⁷⁴ Vgl. AAN, MAP 132, 14: Sprawozdanie sytuacyjne wojewody szczecińskiego za I kwartał 1949 [Lagebericht des Stettiner Wojewoden für das 1. Quartal 1949].

⁷⁵ Vgl. Dokument Nr. 288 in *Steffen*: Wojewodschaft Stettin (vgl. Anm. 11).

⁷⁶ Vgl. *Rybicki*, Hieronim: Problemy polskiej ludności rodzimej na Pomorzu Zachodnim po 1945 roku [Probleme der polnischen einheimischen Bevölkerung in Pommern nach 1945]. In: *Kozłowski*, Kazimierz / *Włodarczyk*, Edward (Hgg.): 50 lat Polski na Pomorzu Zachodnim. Polityka – Społeczeństwo – Kultura [50 Jahre Zugehörigkeit Pommerns zu Polen. Politik – Gesellschaft – Kultur]. Szczecin 1996, 123-132, hier 131.

sen kaum Verständnis entgegengebracht, konnte auch in den Folgejahren nicht überwunden werden.

Zusätzlich destabilisierend wirkten die in Pommern stationierten großen Truppenverbände der Roten Armee, weil sie die schnelle Aussiedlung vor allem der Deutschen und somit die schnelle Ansiedlung der Neusiedler verhinderten. Ihre Anwesenheit erwies sich für prioritäre Fragen nicht nur der polnischen Nationalitäten-, sondern auch der Wirtschafts- und Sozialpolitik als ausgesprochen hinderlich. Die negative Wahrnehmung der sowjetischen Armee, die praktisch nur in der offiziellen Propaganda als „Befreierin“ oder gar Repräsentantin des „sozialistischen Bruders“ gewürdigt wurde, mag auch einem ohnehin vorhandenen polnisch-sowjetischen Antagonismus geschuldet gewesen sein. Doch war ihre Anwesenheit in Pommern tatsächlich sehr deutlich spürbar.⁷⁷ Das Gebiet hatte, da es an die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) grenzte, einen hohen strategischen Stellenwert,⁷⁸ zudem war es verkehrstechnisch und wirtschaftlich wichtig: Mit Szczecin verfügte die Region über einen großen Hafen, über den Reparationsleistungen wie Teile der Hafenanlagen, Industrieanlagen und landwirtschaftliches Inventar aus Pommern in die Sowjetunion verbracht werden konnten.⁷⁹ Landwirtschaft und Fischerei sicherten die Versorgung der Truppen.

Sowjetische Militärkommandanten hatten das Gebiet anfänglich allein regiert, oft mit von ihnen ernannten deutschen Bürgermeistern, dann in einer Art Doppelherrschaft gemeinsam mit einer polnischen Verwaltung, was gebietsweise bis Ende 1946 anhielt. An dieser Doppelherrschaft entzündeten sich zahlreiche – auch handgreifliche – Konflikte mit der polnischen Verwaltung und der bereits angesiedelten neuen Bevölkerung, weil es an einer klaren Kompetenzverteilung mangelte.⁸⁰ Dabei ging es um die Übergabe von Betrieben und landwirtschaftlichen Gütern an polnische Neusiedler, die Lebensmittelversorgung, die Wohnraumfrage und nicht zuletzt um den Umgang mit der deutschen Bevölkerung.

Letztere befand sich in einem komplexen Dreiecks- und Abhängigkeitsverhältnis von und zwischen Polen und Sowjets. Die Deutschen lebten in einer „zusammengebrochenen Gesellschaft“ ohne Nachrichten über den Verlauf der Weltpolitik und waren selten in der Lage, die konkrete Situation vor Ort in einen größeren politischen Zusammenhang einzuordnen. In den Quellen ist fast durchgängig davon die Rede, die deutsche Bevölkerung sei von den sowjetischen Kommandanten „begünstigt“ worden, weil sie es zuließen, dass Deutsche auf Landgütern verblieben, deutsche Schulen betrieben und Gottesdienste auf Deutsch abhielten.⁸¹ Zudem nutzten sowjetische Stellen die deutsche Arbeitskraft unter anderem im Szczeciner Hafen,

⁷⁷ Vgl. *Łach* (Hg.): *Ziemia odzyskana* (vgl. Anm. 11). – Sowie *Źródła do dziejów* (vgl. Anm. 11).

⁷⁸ Zur Festlegung der Grenze siehe *Heitmann*, Clemens: *Die Stettin-Frage. Die KPD, die Sowjetunion und die deutsch-polnische Grenze 1945*. In: *ZfO* 51 (2002) II, 1, 25-63.

⁷⁹ Vgl. *Techman*, Ryszard: *Armia radziecka*. – Siehe auch *ders.* (Hg.): *Szczecin w dokumentach polskiej służby dyplomatycznej 1945-1950* [Stettin in Dokumenten des polnischen diplomatischen Dienstes 1945-1950]. *Szczecin* 1996, 13.

⁸⁰ Siehe auch *Techman*: *Armia radziecka* 22-28 (vgl. Anm. 77).

⁸¹ Vgl. dazu *Steffen*: *Wojewódzchaft Stettin* 319, 323-326 (vgl. Anm. 11).

dessen Wirtschaftskraft Polen lange Zeit vorenthalten blieb. Außerdem brachten sie Deutsche illegal über die Grenze in die SBZ und verriegelten Landgüter oder ganze Straßenzüge wie in Szczecin für polnische Neusiedler.⁸² Gegen dieses Vorgehen, das als Eingriff in die polnische Souveränität verstanden wurde, protestierten polnische Politiker sowohl auf lokaler als auch auf zentraler Ebene ebenso häufig wie erfolglos, da sich die sowjetischen Ansprechpartner vor Ort immer wieder darauf beriefen, die in Pommern stationierten Truppen unterstützten Marschall Georgij K. Žukov in der SBZ und seien somit ihrer Zuständigkeit entzogen.⁸³

Viele Deutsche im Bezirk Westpommern sahen daher 1945 und auch noch 1946 ihre Ansprechpartner eher in den sowjetischen Kommandanten als in polnischen Verwaltungsbeamten und mögen sich auch in einer gewissen Sicherheit gewöhnt haben. Dies war ein Zustand, der der polnischen Staatsräson zuwiderlief, denn die polnische Verwaltung beobachtete, dass Deutsche sich vor allem dann loyal gegenüber den Polen verhielten, sobald die Macht an polnische Behörden übergegangen war, die polnische Besiedlung sich nicht als vorläufig herausstellen würde und sie polnischen Anweisungen Folge zu leisten hatten.⁸⁴ Dabei wurde die Stimmung unter der deutschen Bevölkerung überwiegend als resigniert oder gleichgültig beschrieben. In der Zeit der Doppelherrschaft aber war die polnische Staatsmacht politisch und personell schwach und die junge polnische Verwaltung besaß in den ersten Jahren ihrer Existenz nicht genug Handlungsspielraum, um dies zu ändern. Letztlich war sowohl die deutsche als auch die polnische Zivilbevölkerung 1945 und auch noch in den unmittelbaren Folgejahren in hohem Maße von der sowjetischen Politik vor Ort abhängig. Die viel beklagte und in den Quellen gebetsmühlenartig wiederholte sowjetische „Begünstigung“ der Deutschen dürfte – auch wenn sie zunächst positiv klingt – nicht allzu viele günstige Auswirkungen auf das Leben der betroffenen Menschen gehabt haben. Selbst wenn man davon ausgeht, dass einige Deutsche von sowjetischen Armeemitgliedern vor Überfällen und überstürzter Aussiedlung durch die Polen „geschützt“ wurden, dürfte ihr alltägliches Leben – wie auch das der polnischen Ansiedler – von harter Arbeit, Entbehrungen, Raub und Gewaltanwendung gekennzeichnet gewesen sein.

⁸² *Techman*: Armia radziecka 65-67 (vgl. Anm. 77). – Siehe auch *Steffen*: Wojewodschaft Stettin, Dokumente Nr. 272-275 (vgl. Anm. 11).

⁸³ Seit März 1946 zog sich die Sowjetische Militäradministration (SMAD) unter Marschall Žukov immer mehr aus den Fragen, die mit dem Stettiner Gebiet zusammenhingen, zurück und verwies auf Moskau, das seinerseits auf Berlin zurückverwies. Auch Tallinn oder Hamburg wurden als Anlaufstellen genannt. Die Verwirrung, die auf diese Weise von der Roten Armee gestiftet wurde, diente dem Zweck, polnische Interventionen in dem Gebiet zu erschweren. Vgl. *Techman*, Ryszard: Strefa radziecka w porcie szczecińskim w latach 1947-1955 [Die sowjetische Zone im Stettiner Hafen 1947-1955]. In: *Zapiski Historyczne* 59 (1994) H. 1, 73-95, hier 76. – Siehe zu den Protesten der polnischen Seite seitens der Zentralbehörden *Borodziej/Lemberg* (Hgg.): *Unsere Heimat*. Bd. 1, Dokument Nr. 77 (vgl. Anm. 2). – Zur lokalen Ebene siehe *Steffen*: Wojewodschaft Stettin, Dokument Nr. 211 (vgl. Anm. 11).

⁸⁴ Vgl. AAN (PPS) 235 XXIII-22, 3: Sprawozdanie dla ogólnokrajowej narady samorządowo-administracyjnej PPS w Warszawie zwołanej na dzień 13 i 14 października 1945 r. [Bericht für die zum 13. und 14. Oktober 1945 nach Warschau einberufenen landesübergreifenden Beratungen der PPS zu Fragen der Selbstverwaltung].

Angesichts dieser Situation – der konfliktgeladenen Atmosphäre, des eklatanten Sicherheitsmangels, der großen Probleme bei der Übernahme der Höfe und des allgegenwärtigen Mangels sowie der ständigen Requirierungen durch sowjetische Soldaten – zogen es viele polnische Siedler vor, den im Volksmund so genannten „Wilden Westen“ wieder zu verlassen. Dies traf besonders auf Siedler aus Zentralpolen zu, die am ehesten an ihre früheren Wohnorte zurückkehren konnten.⁸⁵ Von 70 polnischen Familien, die sich bis zum 6. Juni 1945 in Sławno niedergelassen hatten, verließen 68 den Kreis wieder,⁸⁶ von 63 Siedlern im Kreis Stargard Szczeciński (Stargard) waren zum 3. Juni 1945 54 geflüchtet.⁸⁷ Und noch 1948 verzichteten 12198 Neusiedler in den Nord- und Westgebieten auf ihre Höfe und Parzellen, während im Jahr darauf den Kreis Sławno 123 und den Kreis Szczecin 120 Siedler wieder verließen.

Die in den Quellen genannte Begründung, die Abwanderung sei nur auf das Verhalten der sowjetischen Kräfte zurückzuführen, muss nicht unbedingt zutreffen. Auch Arbeitslosigkeit könnte eine Rolle für die Frustration der Neusiedler gespielt haben, in diesem Fall verstärkt durch die fortgesetzte Beschäftigung der konkurrenzlos billigen deutschen Arbeitskräfte. Da aber die Sowjetunion das Gebiet auch hinsichtlich der staatlichen Zugehörigkeit anfangs in einer Art Schwebezustand gehalten hatte, konnte sie sich der polnischen Unterstützung sicher sein.⁸⁸ Daher herrschte sowohl unter den Deutschen vor Ort als auch bei den polnischen Neuankömmlingen ein starkes Gefühl der Vorläufigkeit und die Erwartung bzw. Befürchtung, das Gebiet könne wieder an Deutschland fallen. Dieser Zweifel an der Dauerhaftigkeit der neuen Grenzen ist für die zunächst mangelnden Eingliederungsbestrebungen der Neusiedler aus Ostpolen in die neuen Gebiete sicherlich nicht zu unterschätzen. So kam es dazu, dass manche Neusiedlern weder in Land noch Hof investierten oder zum Erhalt der Häuser beigetragen – ein Zustand, der bis weit in die 1980er Jahre fort dauerte.

Ein weiterer Faktor, der ebenfalls eine schnelle Integration behinderte, waren die Konflikte und neu entstehenden Hierarchien innerhalb der Neusiedlergruppen. Nicht nur versuchten die Neusiedler generell, sich die einheimische Bevölkerung unterzuordnen; auch Remigranten aus Westeuropa pochten auf eine vermeintliche

⁸⁵ Vgl. APS, UWS 903, 5: Sprawozdanie Pełnomocnika na obwód Sławno za czas od 25.7. do 5.8.1945 [Rechenschaftsbericht des Bevollmächtigten für den Distrikt Schlawe für die Zeit vom 25.7. bis 5.8.1945].

⁸⁶ Vgl. APS, Komitet Wojwódzki Polskiej Partii Robotniczej [Wojewodchaftskomitee der Polnischen Arbeiterpartei] 22, 12: Ogólne sprawozdanie inspekcji okręgowego Komitetu PPR na Pom. Zach. za czas od dnia 18.5. do 6.6.1945 [Gesamtbericht über die Inspektion des PPR-Bezirkskomitees Westpommern für die Zeit vom 18.5. bis 6.6.1945].

⁸⁷ Vgl. AAN PPR 295-VII-112, 12: Sprawozdanie z działalności Komitetu okręgowego PPR na Pom. Zach. [Rechenschaftsbericht des PPR-Bezirkskomitees Westpommern], 3.6.1945.

⁸⁸ Vgl. Łach, Stanisław: Społeczno-gospodarcze aspekty stacjonowania Armii Czerwonej na Ziemiach Odzyskanych po II Wojnie Światowej [Sozio-ökonomische Aspekte der Stationierung der Roten Armee in den Wiedergewonnenen Gebieten nach dem Zweiten Weltkrieg]. In: *Ders.* (Hg.): *Władze komunistyczne wobec ziem odzyskanych po II Wojnie Światowej* [Die kommunistischen Machthaber und die Wiedergewonnenen Gebiete nach dem Zweiten Weltkrieg]. Słupsk 1997, 255-278, hier 256.

Hegemonie gegenüber den Ostpolen, während die Siedler aus der Wojewodschaft Wielkopolska (Großpolen) und Poznań wiederum auf diejenigen aus der südostpolnischen Wojewodschaft Rzeszów herabblickten.⁸⁹ Einen gesellschaftlichen und sozialen Aufstieg bedeutete die Ansiedlung in der Wojewodschaft Szczecin vor allem für die Neusiedler aus Großpolen, weil sie die Verwaltungsschicht der neuen Wojewodschaft bildeten und Führungspositionen besetzten. Dagegen mussten sich viele Ostpolen auf dem Land zunächst mit unzureichendem Inventar, schlechtem Boden, fehlendem Dünger und der fehlenden Technik für die Bestellung des Bodens plagen.

Und ebenso wie bei den Einheimischen lässt sich bei den Ostpolen ein Defizit an politischer Partizipation feststellen. Zudem waren viele von ihnen mit der neuen Grenzregelung im Osten generell unzufrieden, und es war ihnen – und dies gilt auch für die Erfahrungen der Ukrainer – darüber hinaus untersagt, ihre Erfahrungen öffentlich zu thematisieren.⁹⁰ Dieses offizielle Erinnerungsverbot war eine denkbar ungünstige Ausgangslage für die Entwicklung einer integrierten und funktionierenden Gesellschaft, auch wenn die Erinnerung natürlich dennoch gepflegt wurde, zunächst allerdings verbannt in die Sphäre des Privaten. Erst ab Mitte der 1950er Jahre fanden die Ostgebiete vor allem über die Presse allmählich zurück in die Öffentlichkeit, wenngleich ohne persönliche und sentimentale Konnotationen, sondern eher kühl und rational, was unter anderem dem Generationswechsel geschuldet war.⁹¹

Fazit

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das Fehlen von elementaren Grundsätzen einer demokratischen, auf Partizipation ausgelegten Politik einerseits, das Streben nach einem einheitlichen Nationalstaat, das die Isolation und Exklusion der „überflüssigen“ Elemente beinhaltete, andererseits, nach dem Krieg in der Wojewodschaft Szczecin zu einer erheblichen gesellschaftlichen Desintegration führten. Besonders konfliktträchtig war die Nationalitätenpolitik, da sie die Identitätswünsche der einheimischen Bevölkerung ignorierte, die für die polnische Nation gewonnen werden sollte. Sie erschwerte den Aufbau gesellschaftlicher Bindungen nachhaltig. Letzten Endes war die einheimische Bevölkerung von der neu angesiedelten Bevölkerung auf lange Sicht isoliert.⁹² Die prinzipielle Unzufriedenheit mit dem System wiederum führte bei zahlreichen Ansiedlern wie der einheimischen Bevölkerung zu einer ausgeprägten Passivität, die der Integration der Gesellschaft ebenso wenig förderlich war.

Allerdings gilt ebenso, dass der polnische Staat vor dem Hintergrund der Erfahrung deutscher Fremdherrschaft für die Neusiedler aus Zentralpolen bzw. sowjetischer und deutscher Herrschaft für die Neusiedler von jenseits des Bugs als etwas

⁸⁹ Osękowski: *Bariery integracji* 72 (vgl. Anm. 14).

⁹⁰ Siehe Kochanowski, Jerzy: Paradoxien der Erinnerung an die Ostgebiete. In: *Inter Finitimos. Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte* 3 (2005) 61–76, hier 66.

⁹¹ *Ebenda* 68 f.

⁹² Osękowski, Czesław: *Spółczesność Polski Zachodniej i Północnej w latach 1945-1956. Procesy integracji i dezintegracji* [Die Gesellschaft West- und Nordpolens 1945-1956. Integrations- und Desintegrationsprozesse]. Zielona Góra 1994, 252.

Eigenes angenommen wurde. Dies geschah nicht nur, weil der neue Staat polnisch war, sondern auch weil er nach einer Zeit des Kriegselends und der Kriegswirren eine erhebliche Stabilisierung für jeden einzelnen versprach und dies auch im Wesentlichen einlösen konnte.⁹³ Insofern kann man trotz der ungünstigen Ausgangslage und der Isolation der einzelnen Gruppen, die durch die polnische Nationalitätenpolitik verschärft wurde, von einer gesellschaftlichen Integration auf niedrigem, da nur auf lokalem Niveau sprechen. In den Jahren nach 1956 konnte diese im gemeinsamen Ausdruck der Systemopposition allmählich zunehmen, ohne dass alle aus der unmittelbaren Nachkriegszeit resultierenden Konflikte verschwunden wären.

Mit den Werten und Zielen des Staates identifizierten sich die Menschen kaum. Das Muster Staat versus Gesellschaft, das aus der Teilungszeit in Erinnerung war, in dem der Begriff der Gesellschaft, die die Trägerin der nationalen Kontinuität in Polen darstellte, eine politisch-nationale Bedeutung annahm, während der Staat vor allem in Form von Fremdherrschaft erfahren wurde, funktionierte weiter.⁹⁴ Erst die Systemkrise von 1956 verband die Menschen in den neuen Gebieten, es kam zu einer Zurückweisung des ungeliebten Staates durch die Gesellschaft. Die nun veränderten Bedingungen führten dazu, dass in den neuen Gebieten eine Integration der Gesellschaft stattfand, die über die lokale Ebene hinausging, befördert auch durch eine neue Generation von Jugendlichen, die bereits in den neuen West- und Nordgebieten aufgewachsen war.⁹⁵ Eine wichtige Rolle für diese Integrationsprozesse spielte die Kirche.⁹⁶ Während die Jahre 1948/1949 also bereits als Anfangspunkte einer verhältnismäßigen Stabilisierung der Bevölkerungsstruktur in der Wojewodschaft angesehen werden können, verliefen die kulturellen Aneignungsprozesse und die Entstehung eines Gefühls von Dauerhaftigkeit der Ansiedlung sehr viel langsamer. Dies gilt auch für die Anerkennung des Verlustes von Polyethnizität in diesem Gebiet.

⁹³ Ders.: Bariery integracji 74 (vgl. Anm. 14).

⁹⁴ Vgl. Hahn, Hans Henning: Die Gesellschaft im Verteidigungszustand. Zur Genese eines Grundmusters der politischen Mentalität in Polen. In: Ders./Müller, Michael G. (Hgg.): Gesellschaft und Staat in Polen. Historische Aspekte der polnischen Krise. Berlin 1988, 15-48, hier 29 und 39-41.

⁹⁵ Osękowski: Społeczeństwo Polski Zachodniej i Północnej 253 f. (vgl. Anm. 90).

⁹⁶ Ebenda 210-233.